

Bezugspreis:
Hefenpreis
durch Posten 20 Pf.
Bei den Voranlieferungen
muss die Belegzahl
3 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonntage und
Feiertage.
Druck und Verlag
v. Chr. Sommer,
Bad Gmünd.

Emser Zeitung

Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 20 Pf.
Reklamensätze 90 Pf.
**Schriftleitung und
Geschäftsstelle:**
Bad Gmünd, Römischerstr. 7.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Rich. Hein, Bad Gmünd.

(Kreis-Anzeiger) (Lahn-Vote) (Kreis-Zeitung)
verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 278

Bad Gmünd, Mittwoch, den 3. Dezember 1919

71. Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Scharfe Opposition gegen Wilson.

Dz London, 2. Dez. Der „Daily Mail“ wird aus New York gemeldet: Der republikanische Führer Lodge hat erklärt, daß an den vom Senat angenommenen Vorberathen eine Änderung nicht mehr möglich sei. Der Präsident müßte sie entweder annehmen oder ablehnen und sich in diesem Falle auf die zahlreich entstehenden Folgen vorbereiten. Wenn der Präsident sich entscheiden sollte, die Vorberathen abzulehnen, und darauf bestehen sollte, sie den Wählern zu unterbreiten, so seien die Republikaner entschlossen, dem Präsidenten zu trotzen und den Friedensvertrag nach amerikanischer Auffassung umzugestalten.

Druck der Entente auf Rumänien.

Dz Paris, 2. Dez. Sabas. Nach einer Meldung des Matin erklärte Harmsworth im englischen Unterhaus, daß man im Hinblick auf die Haltung der Rumänen beschloß, alle für Rumänien bestehenden Erleichterungen aufzuheben, bis neue Verfügungen getroffen seien.

Neue Forderungen der Entente.

Dz Berlin, 3. Dez. Nach einer Blättermeldung soll der Oberste Rat auf Vorschlag Hoch's beschloßen haben, von Deutschland die Unterdrückung seiner Militärorganisationen zu verlangen, die in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages ständen.

Der Reichsrat

hat in der vorigen Woche mehrere öffentliche Sitzungen abgehalten. Von den Beschlüssen ist zu erwähnen, daß der Reichsrat für Liebesgaben zugestimmt wurde. Die Reichsgeldordnung wurde dahin abgeändert, daß künftig auch aus Arbeitsgemeinschaften Mitglieder in das Kuratorium und den Aufsichtsrat der Reichsgeldkasse entsandt werden sollen. Zu diesem Zweck wird die Zahl der Mitglieder des Kuratoriums um sechs und der Aufsichtsrats um zwei Mitglieder erhöht. Zugestimmt wurde den Beschlüssen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung zum Verordnungen über die Erhöhung des 20. zehnjährigen und über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages. Der Reichsrat stimmte auch den Veränderungen zu, die der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung an dem Entwurf einer Verordnung über Sondergerichte gegen Schleihhandel und Preisverhinderung vorgenommen hat. Danach ist unter anderem die Einziehung des Geldes, der durch unerlaubte Ausfuhr erfolgt, obligatorisch gemacht. Auch tritt die Verordnung am Tage ihrer Verkündung selbst in Kraft. Ebenso erklärte sich der Reichsrat mit dem Beschluß der Nationalversammlung zu dem Entwurf über Änderung des Gesetzes über die Belagerungszustand einverstanden. Der Beschluß geht bekanntlich dahin, daß auch auf Geldstrafe bis 50.000 Mark erkannt werden kann. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über Gewährung von Straffreiheit und Strafmißbilligung in Disziplinarfällen. Danach sollen den Reichsbeamten Ordnungsstrafen erlassen werden. Zur Strafmilderung und Straferleichterung bezieht sich der Gesetzentwurf nicht; er bringt nur eine Milderung von Geldstrafen, z. B. der daneben erkannten Geldstrafen, und bei Entlassungen die gnadentweise Bewilligung eines Teils der Pension.

Die Steuervorlagen.

In der öffentlichen Sitzung am Freitag unter Vorsitz des Finanzministers Erzberger wurde mit der Plenarberatung der neuen Steuervorlagen (Kapital-Verkehrssteuer, Einkommensteuer und Landessteuervergütung) begonnen. Zunächst hob der Berichterstatter der Ausschüsse hervor, daß sich die Ausschüsse bemüht hätten, für die Länder eine herauszufinden. Die Gemeinden sollen kleine Anteile an der Steuerlast übernehmen, u. a. sollen die Umwälzungen der monopolartigen Betriebe verbleiben, wie z. B. in Berlin die Umsatzsteuer der Reichsgeldkasse usw. Andererseits übernimmt das Reich Ausgaben für Familienunterstützung, Kriegswohlfahrt, Beschäftigungsbefähigung an Beamten usw., die bisher die Länder und Gemeinden trugen. Nach wird der entsprechende Ausgabebetrag auf den Steueranteil angerechnet, den die Länder und Gemeinden vom Reich erhalten. Änderungen der Vorschriften über Beteiligung der Länder und Gemeinden am Steuerertrag dürfen nur im Wege der Verfassungsänderung erfolgen, auch sollen die jetzigen Bestimmungen nur bis 1. April 1923 gelten und dann eine neue gesetzliche Regelung stattfinden. Minister Erzberger erklärte namens der Regierung die Ausschüsse für unannehmbar, wonach die Einzeländer auch am Ertrag der Kapitalrentensteuer beteiligt werden sollen. Auch wandte er sich gegen den Vorschlag, den Ertrag der Kapitalrentensteuer nach der Kaufkraft der Länder zu verteilen. Der preussische Ministerpräsident Hirth erklärte, aus politischen Gründen, um in den Finanzgesetzen keine Differenz zwischen Reichsrat und Reichsregierung aufkommen zu lassen, wenn auch schwerer Verzug, auf die Ausschüsse für Beteiligung der Länder am Ertrag der Kapitalrentensteuer zu verzichten. Die gleiche Erklärung gaben die Vertreter von Württemberg, Baden und Hannover ab. Minister Erzberger dankte seine Freunde über diese Erklärungen aus, da namentlich der Nationalversammlung eine einheitliche Vorlage unterbreitet werden könne.

In der folgenden Generaldebatte erklärte Ministerpräsident Hirth namens der preussischen Regierung: Die preussische Regierung stellt fest, daß die drei Steuervorlagen dem

Reichsrat so spät von der Reichsregierung vorgelegt worden sind, daß eine gründliche Prüfung beruhende Stellungnahme zu diesen in finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bedeutungsvollen Vorlagen nicht möglich war. Wenn sie dennoch jetzt unter Verzicht auf eine eingehende Erörterung aller Folgen dieser Gesetzentwürfe der Vorlegung an die Nationalversammlung zustimmt, so geschieht dies nur, weil nach den getroffenen Geschäftsarrangements der Volksvertretung eine Verzögerung aus allgemein politischen Gründen unerwünscht ist, und in der Erwartung, daß die Volksvertretung selbst die außerordentliche Bedeutung dieser Vorlagen, namentlich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Folgen, würdigen wird. Die preussische Regierung erklärt aber ausdrücklich, daß sie in Zukunft bei derartigen wichtigen Vorlagen auf Beachtung der geschäftlichen Arrangements bestehen wird, weil eine solche überhäufte Behandlung zur Ausschaltung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats und damit zur Ausschaltung des Einflusses der Landesregierungen auf die Gesetzgebung führen müßte. Minister Erzberger bemerkte, daß er den Entwurf der Landessteuer bereits am 25. Oktober den Finanzministern der Einzeländer habe zugehen lassen. In Zukunft werde er alle abgeschlossenen Vorlagen nach Entscheidung des Reichsrats mit größter Beschleunigung dem gesamten Reichsrat unterbreiten. Ob damit aber die Interessen der Länder besser gewahrt seien als bei dem jetzigen Verfahren, stelle er zur Prüfung anheim. Der bayerische Gesandte schloß sich dem formalen Einspruch Preußens an, brachte dann aber auch sachliche Einsprüche vor. Die bayerische Regierung meinte, daß diese Gesetzgebung vom Gesichtspunkt der Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden, wie vom Gesichtspunkt der praktischen Durchführbarkeit scharfsten Widerspruch hervorheben und über kurz oder lang zum Zusammenbruch führen müsse, da sie auch praktisch undurchführbar sei. Minister Erzberger wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Behauptung. Länder und Gemeinden würden zusammenbrechen, wenn diese Maßnahme nicht durchgeführt werde, denn nur so könnten wir einer finanziellen Gefährdung entgehen. Ohne ein gesundes Reich sei die Existenz der Länder und Gemeinden nicht denkbar. Das habe der Krieg mit seinem Ausgang bewiesen. Der sächsische Gesandte erklärte, daß Sachsen trotz gewisser Bedenken, entschlossen sei, dem Gesetze zuzustimmen, um einen bitter notwendigen Schritt vorwärts nicht aufzuhalten, der eben gemacht werden müsse, wenn wir über Wasser bleiben wollen. In formaler Beziehung schloß sich der sächsische Vertreter dem Vorbehalt der preussischen Regierung durchaus an. Ein Vertreter Preußens erklärte, daß gegenüber der Frage des Tempos der Einführung zum Einheitsstaate Preußen einen dem bayerischen Gesandten gegenüber durchaus abweichenden Standpunkt einnehme, und auch eine andere Auffassung habe über die Zukunft der Gemeinden. Es werde Sache der Einzeländer sein, selbstständig das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinde zu regeln. Der badische Vertreter schloß sich namens seiner Regierung den formalen Bemerkungen an. Im Interesse der Gewährleistung einer Bewegungsfreiheit der Länder und Gemeinden müsse unbedingt die Möglichkeit vorliegen, daß die badische Regierung dem Gesetz nicht zustimme. Der heftigste Finanzminister schloß sich ebenfalls dem formalen Einspruch an. Nach die Einwendungen anderer seien durchaus beachtenswert, namentlich hinsichtlich der Gemeinden. Seiten strebe durchaus auf dem Boden der Reichseinheit, wenn man aber den Staaten und Gemeinden die kulturelle Selbstständigkeit ließe, so sehe dies auch eine Selbstständigkeit auf finanziellem Gebiete voraus. Die heftigste Regierung mache davon ihre Zustimmung zu dem Gesetz abhängig. Auch der Vertreter von Württemberg schloß sich dem formalen Einspruch an. Hiermit war die allgemeine Debatte erledigt. In der Spezialberatung des Landessteuergesetzes beantragte der Vertreter von Baden eine Änderung dahin, daß Länder und Gemeinden das Recht haben sollten, Zuschläge zu dem Einkommensteuertarif zu erheben. Finanzminister Erzberger hat dringend um Zurückziehung dieses Antrages, die könne er sonst seinen Tarif, den höchsten, den die Welt kenne, vor der Nationalversammlung verteidigen, wenn dazu noch Zuschläge erhoben werden sollten? Der Vertreter von Baden beantragte, seinen Antrag nicht zurückziehen zu können. Je nach dem Ausfall der Abstimmung müsse die badische Regierung ihre Zustimmung zu dem Gesetz verweigern. Der Vertreter Bayerns erklärte es als Voraussetzung des badischen Antrages, daß der Tarif der Einkommensteuer entsprechend herabgesetzt werde. Nur in diesem Falle könne Bayern vollständig für den badischen Antrag stimmen. Der Vertreter von Baden erklärte sich mit dem bayerischen Vorschlag einverstanden. Der badische Antrag wurde gegen die Stimmen von Baden, Hessen und Bayern abgelehnt. In der Gesamtstimmung wurde das Landessteuergesetz gegen die Stimmen von Baden und Hessen angenommen. In einer Abend Sitzung des Reichsrats sollen die beiden anderen Gesetze erledigt werden.

Der Reichsrat hat das Kapitalverkehrssteuergesetz und das Einkommensteuergesetz nach den Beschlüssen der Ausschüsse angenommen. Zu erwähnen ist noch eine von den Ausschüssen im Kapitalverkehrssteuergesetz vorgenommene Veränderung. Während die Vorlage die Dividendenpapiere mit 20 v. H., die ändern nur mit 10 v. H. vom Ertrag besteuern wollte, hat der Ausschuss die Ertragssteuer allgemein auf 10 v. H. festgesetzt.

Frankreich.

Die Note Clemenceaus über die Kriegsgefangenen wurde in Frankreich nicht veröffentlicht. Die Presse in Paris veröffentlicht lediglich nach den deutschen Blättern in einem Telegramm aus Basel einen Auszug.

Das Ergebnis der Kammerwahlen. Wähler sind 600 Ergebnisse der Kammerwahlen bekannt. Gewählt sind 133 Linkerepublikaner, 60 Radikale, 83 Sozialistisch-Radikale, 27 Republikanische Sozialisten, 68 Unifizierete Sozialisten, 6 Dissidentische Sozialisten, 133 Progressisten, 69 Mitglieder der Action Libérale und 31 Konservern. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 638, es fehlen noch 2. Ergebnisse.

Finanzverfuch deutscher Marineoffiziere?

Dz Berlin, 2. Dez. Dem „Volkswagen“ wird aus London gemeldet: Britische Zeitungen brachten in den letzten Tagen 2 Schlepper auf, die von Kiel nach Südamerika fahren wollten. Im Bord befand sich eine Anzahl deutscher Marineoffiziere, haupt sächliche U-Boot Kommandanten, deren Auslieferung an die Entente befürchtet wird und die nach einer Neutermeldung auf diese Weise entkommen wollten. Die beiden Schlepper liegen jetzt im Londoner Hafen und werden von bewaffneten Matrosen und Beobachtern bewacht. (Die Nachricht erscheint uns nicht besonders glaubhaft. Schriftl.)

Deutschland.

Der Streit um Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ Wie der „Schwab. Merkur“ berichtet, ist in der letzten Zeit beim Landgericht Stuttgart der Antrag gestellt worden, das Erscheinen des 3. Bandes von „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“ zu verbieten. Der Antrag ist von Seiten der Vertreter des früheren Kaisers ausgegangen und zwar wurde er damit begründet, daß in dem Bande eine Anzahl der Briefe des Kaisers zur Veröffentlichung gelangt. Das Landgericht hat das beantragte Verbot im Wege einer einstweiligen Verfügung zunächst erlassen. Die Angelegenheit wird nun alsbald an das Oberlandesgericht gelangen, das seine Entscheidung sehr bald fällen wird.

Generalfeldmarschall Wadenstein ist auf der Heimreise nach Deutschland im Sonderzug aus Budapest in Wien eingetroffen. In seiner Begleitung fanden sich der Chef des Generalstabes Oberst von Schwarzkoppen sowie etwa zehn Offiziere und zwanzig Mann seines Stabes. Der Zug stand unter Bedeckung französischen Militärs. Zur Begrüßung des Feldmarschalls hatten sich der deutsche Geschäftsträger, der deutsche Militärbevollmächtigte, der deutsche Generalkonsul sowie zahlreiche Mitglieder der reichsdeutschen Vereine eingefunden. Auch ein vielköpfiges Publikum hatte sich angerechnet. Staatssekretär Dr. Deutsch und Unterstaatssekretär Reich hießen den Feldmarschall im Auftrage des Staatsamtes für Österreich mit herzlichem Ansprechen in Österreich willkommen, wofür der Feldmarschall den Herren dankte. Nach einem etwa halbstündigen Aufenthalt, währenddessen vom Publikum patriotische Lieder gesungen und die Mannschaften von den reichsdeutschen Vereinen mit Liebesgaben beschenkt wurden, verabschiedete sich Feldmarschall v. Wadenstein mit herzlichem Dank für den ihm bereiteten Empfang und setzte die Reise nach Deutschland fort.

Die Uebergabe des bayerischen Heeres. Im Finanzministerium des bayerischen Landtages wurde folgende Vereinbarung zwischen Bayern und dem Reich, die die Frage des bayerischen Heeresregiments regelt, einstimmig angenommen. Bayern behält sein vor dem Jahre 1870 erworbenes Eigentum, soweit dieses nicht an das Reich für dessen Zwecke und auf dessen Verlangen, dann aber gegen Entschädigung, abzutreten ist. Dies aus der Zeit nach 1870 stammenden Objekte gehen ohne Entschädigung an das Reich über. Dafür werden Bayern nach mehrfacher Richtung Zugeständnisse in Hinsicht auf die Verwaltung und Ausbarmachung dieser Objekte eingeräumt.

Aus der Ostmark. Nach einer Meldung der Tel.-Union errichten die Vereinigten Staaten von Amerika für den Freistaat Danzig ein Konsulat. Als Konsul ist H. Dawson in Danzig eingetroffen.

Aus dem Unterlahnkreis.

Der Erfolg der Kartoffelrevision. Bei der am 10. November erfolgten Kartoffelbestandsaufnahme im Unterlahnkreis wurde ein Ueberschuß von nahezu 2000 Zentnern festgestellt.

Bürgermeisterwahlen. Am letzten Sonntag wurden in zahlreichen Gemeinden unseres Kreises Neuwahlen des Bürgermeisters getätigt. Bis jetzt sind uns davon folgende Ergebnisse bekannt geworden:
Altendiez: Wiederwahl des Bürgermeisters Wagner.
Mittelschbach: Wiederw. d. Bürgermeisters Schweiger.
Oberischbach: Wiederw. d. Bürgermeisters Fried.
Gutenacker: Wiederw. d. Bürgermeisters Jung.
Birlenbach: Wiederw. d. Bürgermeisters Heß.
Schuborn: wählte sich in August Kaiser einen neuen Bürgermeister.

Uns Provinz und Nachbargebieten

Die Annahme von Zinscheinen als Zahlungsmittel kann zu Nachteilen führen, da nach dem Gesetz gegen die Kapitalflucht nur Zinscheine eingelöst werden, bei denen der Nachweis erbracht wird, daß der zugehörige Zinscheinbogen oder das Wertpapier angemeldet sind. Wenn nun ein Zinschein in Zahlung genommen wird, kann dieser Nachweis nicht erbracht werden und der, welcher der Zinschein als Geldpfand annahm, ist sein Geld los.

!!: Frankfurt a. M., 1. Dez. Der frühere Leiter des Marineversicherungsdienstes Wilhelm Grönke ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wegen Mordes verhaftet worden. Grönke hat in der Mordnacht zum 1. April 1919 im Holzgraben einen Mörder mit dem Gewehr niedergeschossen u. dann durch einen Schuß in den Rücken getötet. Der Mord ist erst jetzt bekannt geworden und durch mehrere Zeugen der Staatsanwaltschaft einwandfrei bestätigt worden. Die Zeugen hatten bisher aus Angst vor Grönke und seinem Anhang nicht gewagt, etwas über den Mord zur Anzeige zu bringen.

Aus Diez und Umgegend.

Adventszeit Wir sind in den Monat des Weihnachtsfestes eingetreten. Der letzte Sonntag als erster Advent hat uns in die engere Weihnachtszeit gebracht. Nach 3 Sonntagen und es ist da, da steht der Liebe und des Friedens. Zum erstenmal wird zu diesem Feste die Mehrzahl der Familienmitglieder wieder nach den langen Kriegsjahren vereint sein. Doch auch manche Einsamkeit ist da und die Gedanken vieler werden hinaus auf die Schlachtfelder des großen Völkerringens. Für die Heimgekehrten werden liebe Hände in diesem Jahre eine besondere Freude vorbereiten, und in unserer Kaufmannschaft ist das Bestreben vorhanden, durch ein besonders reichhaltiges und schönes Angebot das Schenken zu erleichtern. Daß die letzten Sonntage vor Weihnachten immer Hauptverkaufstage waren, beweist schon ihre verchiedene Bezeichnung, wie Kupferer Sonntag, der vorgestrige, u. s. w. Ihnen diese zu erhalten und zu neuem Glanze zu bringen darnach wird eifrig gestrebt. Wehen wir durch die Straßen unserer Stadt und wir werden uns an den Auslagen aller Geschäfte überzeugen können. Ueberall hat der Aussteller sich bemüht, endlich wieder einmal das „wie einst“ mehr hervorzuheben, und allen Kriegsschmerz wegzulassen. Dabei darf man allerdings nicht an die Preise denken, die wie alles in der Jetztzeit auf der Höhe sind. Ist auch die billige Sonntagsrube im Handelsgewerbe eingeführt, so haben doch die Gesetzegeber auf die Bedürfnisse der Vorweihnachtszeit Rücksicht genommen und die beiden letzten Sonntage vor dem Feste zum Verkauf freigegeben. Hoffen wir, daß das Weihnachtsgeschäft trotz der Preise recht gut wird, und daß damit Märkten wie Verfassern eine Freude bereitet wird.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Diez. Zu dem am Sonntag nachmittag im Lokale von Georg Meier, Diez abgehaltenen Versammlung wurde der Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft zukommend. Zum Vorsitzenden des Vorstandes wurde Dr. Schmidtborn, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats Bauwart Max Amelke gewählt. Als Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes wurde Kaufmann Carl Fuchs, zum Rechnungsführer Kassegehilfe Friedrich Dienethal zu Diez, zum Kassier des Aufsichtsrats Kassierer Adolf Hermann, Architekt Paul Volker, Architekt Carl Virlenbach, Zimmermeister Carl Thörn, Metzgermeister Carl Thomas, u. Postkassierer Wilhelm Fischer gewählt. Wünschenswert ist der nunmehr ins Leben tretenden jungen Organisation eine gedeihliche Entwicklung, Förderung ihrer gemeinnützigen Bestrebungen und gutes Gelingen.

Sitzung der Stadtverordneten

zu Diez am 1. Dezember 1919.

Anwesend vom Magistrat Beigeordnete Herr, Schardt, Schöffen Rold und Fuchs, sämtliche Stadtverordnete.

Stadtverordn. Thomas eröffnete die Sitzung und begrüßte nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung den unter den zahlreichen Zuschauern anwesenden Bürgermeister jehigen Komm. V. Landrat, Herrn Scheuern. Derselbe dankte in herzlichen Worten und hat ihn als einfachen Zuschauer in der Versammlung zu dulden. Das lebhafteste Interesse an der Stadt habe ihn hergeführt und er bitte die Herren Stadtverordneten, sich allezeit von dem Gedanken und Willen tragen zu lassen, der Stadt Besseres zu wollen.

Hierauf wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten, die mit Punkt 1: Besprechung der Neuwahl des Magistrats und Bekanntgabe der bezüglichen Gesetzesbestimmungen begann. Die Wahl sollte nach den Beschlüssen der letzten Sitzung eigentlich schon heute getätigt werden. Es haben sich aber Schwierigkeiten ergeben, und es konnte nur eine Besprechung der Neuwahlen auf die Tagesordnung kommen. Stadtverordn. Thomas gibt Erklärungen über die Art der Wahl. Innerhalb der einzelnen Parteigruppen haben schon Vorbesprechungen stattgefunden, es müssen aber noch weitere Vorbereitungen getroffen werden. Er glaube, daß eine gemeinschaftliche Liste zustandekommen werde, womit ja dann auch schon die Wahl fast vollzogen sei.

Punkt 2: „Neuwahl der Mitglieder der städt. Kommissionen“. Stadtverordn. Thomas: Wir unterscheiden dreierlei Kommissionen, solche, die nur aus Stadtverordneten, solche aus Magistrat und Stadtverordneten gebildet, und schließlich Kommissionen, die aus beiden Körperschaften und der Bürgererschaft gebildet werden. Es wird zur Wahl geschritten und auf Vorschlag gewählt. Für die Baukommission Stadtverordn. Amelke (Ztr.), Reusch (D. Volksp.), Fink (Zog.), für die Finanzkommission, die auf Vorschlag des Stadtverordn. Ringshausen (Dem.) auf 6 Mitglieder erweitert wird, die Stadtverordn. Gasteher (Zog.), Ehn (Dem.), Fetschull (Volksp.), Dienethal (Zog.), Dinslage (Ztr.), Thomas (Dem.). Für die Betriebskommission Stadtverordn. Ehn (Dem.), Schäfer (Zog.), für die Krankenhau. Kommission Stadtverordn. Frl. Münch (Dem.), Nachbauer, (Zog.), Schmidt (Dem.), für die Einquartierungs. Kommission, die auf Vorschlag Gasteher (Zog.) verkleinert wird, werden aus der Stadtverordnetenversammlung Stadtverordn. Schäfer (Zog.) und Reusch (Volksp.), aus der Bürgererschaft die Herren B. Duthel, Metzgermeister Fink, und W. Grün 2. gewählt. Die Markt. Kommission wird gebildet durch Stadtverordn. Schmidt (Dem.), Dinslage (Ztr.) und Karl Weiser aus der Bürgererschaft. Die städt. Gesundheitskommissionen wollte Stadtverordn. Gasteher (Zog.) in eine Gesundheits- und Wohlfahrtskommission umgewandelt wissen, der große Anhang zustimmen würden. Stadtverordn. Fetschull (Volksp.) hielt dies nicht für angängig, da die Pflichten der Gesundheitskommissionen gesetzlich festgelegt seien. Es entstand eine kurze Debatte, die durch den Antrag des Stadtverordn. Ringshausen (Dem.), eine besondere Fürsorgekommission zu bilden, erledigt wurde. Für die Gesundheitskommission wurden gewählt Stadtverordn. Frau Pershon (Zog.) und Ehn. Magener (Dem.) Zur Revisionskommission wurden die Stadtverordn. Ringshausen (Dem.), Dienethal (Zog.) gewählt, in die Kommission gegen Verunreinigung Stadtverordn. Reinhardt (Dem.) Amelke (Ztr.).

Bei der jetzt folgenden Wahl zur Lebensmittelkommission entspann sich eine größere Debatte. Stadtverordn. Dinslage (Ztr.) meinte, daß die Lebensmittelkommission in letzter Zeit an Bedeutung verloren habe. Es könne aber die Zeit kommen, wo sie wieder eine besondere Wichtigkeit erhält. Man wisse nicht, wie es in der Zukunft wird, es sei eine große Warenknappheit eingetreten. Er wünschte deshalb möglichst Fachleute aus Handelskreisen in diese Kommission hineinzuziehen und machte Vorschläge. Stadtverordn. Thomas stellte einige Mängel an den Vorschlägen fest. Stadtverordn. Schäfer (Zog.) bemerkte, daß die Kommission ihm immer sehr wichtig gewesen sei, die Mitglieder derselben hätten nur die Größe ihrer Aufgabe nicht erfasst. Den Vorschlag Dinslage hielt er nicht gut, sondern wüßte die Interessenten aus der Kommission möglich fernzuhalten. Seinerseits schlug er den Leiter des Konsumvereins für diese Kommission vor. Stadtverordn. Schmidt (Dem.) sprach gegen diesen Vorschlag, wenn nicht auch Mitglieder der Kaufmannschaft in die Kommission gezogen würden. Die Debatte setzte sich fort, bis Stadtverordn. Ringshausen (Dem.) mit

einem Vermittlungsvorschlag hervortrat, der auch Anklang fand. Stadtverordn. Ringshausen wünschte die Kommission so zu gestalten, daß Fachleute und Verbraucher genügend vertreten sind. Es werden deshalb aus der Reihe der Stadtverordneten Stadtverordn. Thomas (Dem.) und die Stadtverordn. Reinhardt (Dem.) Frl. Münch (Dem.), Frau Pershon (Zog.) und Schäfer (Zog.) und aus der Bürgererschaft die Herren Reusch, Fetschull, Frau Schröder und Schuhmachermeister Feld gewählt.

In den Verwaltungsausschuss des Kriegshinterbliebenenfonds kommen Stadtverordn. Dr. Fetschull (Zog.), und Nachbauer (Zog.), in die Schuldeputation Stadtverordn. Frl. Münch (Dem.), Schmidt (Dem.), Schäfer (Zog.). Man schritt nun zur Wahl der von Stadtverordn. Ringshausen (Dem.) vorgeschlagenen Fürsorgekommission, welcher die Regelung der öffentlichen Armenpflege, die Fürsorge für gefährdete Kinder im Zusammenarbeiten mit der Schule, usw. zufallen soll. Es wurden hierfür gewählt: Stadtverordn. Frl. Münch (Dem.), Dinslage (Ztr.), und Dienethal (Zog.). Die weiteren Mitglieder aus der Bürgererschaft soll die Kommission selbst wählen.

Hiermit waren die Kommissionswahlen getätigt und man konnte zu dem Punkt 3: Vorlagen des Magistrats betr. a. Gewährung einer Beschaffungshilfe an die Beamten pp. b. Regulierung der Besoldung der Beamten und Angestellten übergehen. Zu a. sind die städt. Beamten und Angestellten mit dem Ersuchen an die Stadt herangetreten, ihnen nach den staatlichen Sätzen Beschaffungshilfen zu gewähren. Es wurde das folgende Ausgabenveranschlagt: 17 300 Mark für städt. Beamte und Angestellte, 3400 Mark für die Lehrerinnen der höheren Mädchenschule, 3900 Mark für die Lohnangestellten, 10 725 Mark für die Lehrer der Realschule, zusammen 35 325 Mark. Die Hälfte der Beschaffungshilfe für die Lehrer der Realschule dürfte durch den Staat vergütet werden. Es entspann sich eine lange Debatte, aus der man entnehmen konnte, daß alle gewillt sind, die Beihilfen zu gewähren. Stadtverordn. Schäfer (Zog.) wünschte sie auch auf die städt. Arbeiter ausgedehnt zu werden. Stadtverordn. Dienethal (Zog.) für die Hebammen, Stadtverordn. Frl. Münch (Dem.) für die Handarbeitslehrerinnen. Zur Deckung der heutigen Vorlage ist eine Steuernachhebung von 90 Prozent erforderlich unter Freilassung der Einkommen bis 1500 Mark. Stadtverordn. Reinhardt (Dem.) wünschte Freilassung der Einkommen bis 2500 oder 3000 Mark. Stadtverordn. Magener (Dem.) wies auf die Notlage der Beamten hin und sprach für Bewilligung und baldige Auszahlung, mindestens noch vor Weihnachten. Stadtverordn. Dienethal (Zog.) meinte, daß die Nachhebung von 90 Prozent kein Hindernis bilden dürfte. Die heutige Vorlage wurde schließlich bewilligt, und der Magistrat wurde beauftragt, der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über Beschaffungshilfen für die städt. Arbeiter für Handarbeitslehrerinnen und Hebammen zu machen, zu b. entspann ebenfalls eine längere Debatte. Die Besoldungsordnung der städt. Beamten und Angestellten soll in Einklang mit derjenigen der Staatsbeamten gebracht werden. Auch hierdurch würde eine erhebliche Mehrbelastung der Stadt entstehen. Zur eingehenden Behandlung der Vorlage überwies man sie deshalb erst an die Finanzkommission. Zu Punkt 4: Umwandlung der für Kriegsausgaben im Wege des Kredits aufgenommenen Schuld von 63 000 Mark in eine feste Anleihe. hat der Magistrat Offerten verschiedener Bankinstitute eingeholt. Als billigstes erscheint das der Nass. Landesbank, die das Kapital zu 4,25 Prozent mit einem Auszahlungsfuß von 100 gewähren will. Der Kapitalantrag kann von 1 Prozent aufwärts gewählt werden. Die Vorlage fand mit 1,5 Prozent Kapitalantrag Zustimmung der Versammlung. Die Schuld wird damit in 33 Jahren getilgt sein.

Die Führer des Deutschen Reiches zur Deutschen Spar-Prämienanleihe!

Ebert, Reichspräsident

Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräftigt werden, denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

Bauer, Reichsfinanzminister

Der Zins, vom Reiche aufgespart, Wird Dir und Deinen Kindern nützen!

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz

Geordnete Finanzen sind eine unentbehrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

Erzberger, Reichsminister der Finanzen

Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegsanleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister

Geldstücke sind die besten Eisenbahnräder!

Dr. David, Reichsminister o. P.

Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Genußgenussprozess der deutschen Volkswirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach!

Dr. Gessler, Reichsminister für Wiederaufbau

Tragt goldene Balken herbei zum Wiederaufbau! Gebt dem Reiche Geld!

Giesberts, Reichspostminister

Wer spart in der Zeit, der hat in der Not!

Roth, Reichsminister des Innern

Wirtschaft ohne Geld ist Pflug ohne Pferd.

Dr. Mayer, Reichsschatzminister

Was das Blut für den Körper, ist das Geld für den Staat.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen

Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

Reule, Reichsminister

Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

Schlicks, Reichsarbeitsminister

Geld schafft Arbeit, Arbeit schafft Brot.

